

Parlamentarischer Vorstoss

2023/40

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Politische Partizipation junger Menschen
Urheber/in:	Miriam Locher
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	12. Januar 2023
Dringlichkeit:	—

Im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) wurde eine Studie durchgeführt, die zeigt, dass junge Personen in der Schweiz in vielen verschiedenen Formen politisch aktiv sind. Ausserdem zeigt die Studie auf, dass die Motivationsgründe für politische Mitwirkung ebenso unterschiedlich sind, wie die Formen des politischen Aktivismus.

Nichts desto trotz wird aufgezeigt, dass die Jugendlichen Verbesserungspotential sehen, insbesondere bei einer Stärkung der politischen Bildung, beim Abbau von Zugangsbarrieren zu bestehenden Angeboten und bei der Schaffung von Lernräumen für die politische Partizipation.

Die von der EKKJ in Auftrag gegebene Studie «Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren» geht von einem weit gefassten Verständnis von politischer Partizipation aus, welches explizit auch nicht-institutionelle Beteiligungsformen und digitale Formate umfasst, die allen Jugendlichen offenstehen. Dazu gehören Jugendparlamente und Klassenräte, partizipative Projekte zum Bau eines Velowegs, ein Kulturfestival zum Thema Rassismus oder ein Austausch mit Personen aus der lokalen Politik, aber auch Meinungsbildung im Freundeskreis, bewusster Konsum (z. B. Boykott), Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen. Die politische Partizipation von jungen Menschen ist denn auch entsprechend vielseitig.

Die Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) hat basierend auf diesen Ergebnissen folgende Empfehlungen zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen erarbeitet:

- Lebenswelt der jungen Menschen beachten,
 - politisches Interesse wecken,
 - Zugang zu Angeboten erleichtern,
 - Lernräume für politische Partizipation schaffen,
 - politische Bildung in der Schule fördern,
 - ernsthafte, wirkungsvolle Partizipation ermöglichen.
-

Letztlich sind diese Handlungsfelder auch ein Mittel, um die Stimmbeteiligung junger Menschen zu erhöhen und so die Demokratie zu stärken.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis der obengenannten Studie?
2. Wie beurteilt die Regierung die Ergebnisse der Studie?
3. Werden die erwähnten Empfehlungen der EKKJ vom Kanton geprüft?
4. Wie werden allenfalls Massnahmen daraus abgeleitet?
5. Welche zusätzlichen Potentiale der Förderung politischer Bildung bei Jugendlichen leitet die Regierung aus der erwähnten Studie ab?
6. Welche sonstigen Massnahmen, unabhängig der erwähnten Studie, sieht der Regierungsrat zur Förderung der politischen Bildung?
7. Wie kann die politische Bildung auch an Berufsschulen (wo beispielsweise der Jugendrat nicht präsent ist) gestärkt werden?
8. Kann sich der Regierungsrat ein Projekt mit verschiedenen Anspruchsgruppen (z.B. Jugendrat, Vertretung von Schulen, Vertretung Kanton, Vertretung Gemeinden,...) zu den obengenannten Handlungsfeldern vorstellen?